

Erscheint  
wöchentlich viermal:  
Dienstag, Donnerstag,  
Samstag und Sonntag.

Preis  
vierteljährig in Welzheim  
bei der Redaktion  
29 fr.,  
durch die Post im Ober-  
amtsbezirk Welzheim  
35 fr.  
auswärts  
42 fr.

Eindrucksgebühr  
die dreispaltige Zeile oder  
deren Raum 2 fr.



Erscheint  
wöchentlich viermal:  
Dienstag, Donnerstag,  
Samstag und Sonntag.

Preis.  
vierteljährig in Welzheim  
bei der Redaktion  
29 fr.  
durch die Post im Ober-  
amtsbezirk Welzheim  
35 fr.  
auswärts  
42 fr.

Eindrucksgebühr  
die dreispaltige Zeile oder  
deren Raum 2 fr.

Zugleich

# Amtsblatt für den Oberamts-Bezirk Welzheim.

№ 103.

Welzheim, Dienstag den 7. Juli

1868.

Bestellungen auf den

## Boten vom Welzheimer Wald.

für das laufende Halbjahr können fortwährend gemacht werden.

Verfügungen der Bezirks-Behörden.  
Welzheim.

### Landtags-Abgeordnetenwahl.

Hinsichtlich der Abgabe der Stimmen wird bekannt gemacht, daß den Wählern frei steht, sich gedruckter oder geschriebener Wahlzettel zu bedienen, und daß jeder Wähler den Stimmzettel in eigener Person im Wahllokale in ein gestempeltes Couvert zu verschließen hat, welches er dem Wahlvorsteher übergibt.

Die Uebergabe der Couverts an die Wähler erfolgt durch eine hiezu besonders aufzustellende Person. Den Wählern wird in den Wahllokalen Gelegenheit geboten, ihre Stimmzettel zu schreiben, wenn sie sich keiner gedruckten bedienen wollen.

Da die Wahlhandlung nicht über den für jeden Abstimmungsbezirk festgesetzten Schluß der Wahlhandlung erstreckt werden darf und da nur die Abstimmungen derjenigen Wähler auch nach der festgesetzten Stunde noch angenommen werden dürfen, welche zu der für den Schluß der Wahlhandlung bezeichneten Zeit in das Wahlgebäude bereits eingetreten waren, so ist es an den Wählern, bei Zeiten ihre Stimmzettel abzugeben und es damit nicht auf die letzte Stunde ankommen zu lassen.

Den 4. Juli 1868.

Agl. Oberamt.  
Eisenbach.

Zurich.

### Aufforderung zur Fätirung des Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufs-Einkommen auf den 1. Juli 1868, Behufs der Besteuerung pro 1868/69.

In Gemäßheit des Art. 7 des Gesetzes vom 19. Septbr. 1852 (Reg.-Bl. S. 236) wird Behufs der Fätirung des der Besteuerung unterliegenden Capital-, Renten-, Dienst- und Berufs-Einkommens auf den 1. Juli 1868 folgende Aufforderung erlassen:

Die in Art. 2 des Gesetzes vom 19. Septbr. 1852 bezeichneten Steuerpflichtigen, oder deren gesetzliche Stellvertreter — für die im Ausland sich aufhaltenden, die aufzustellenden Bevollmächtigten — haben nach Maßgabe des gedachten Gesetzes und der Instruction zu Vollziehung derselben vom 10. Juli 1853 (Reg.-Bl. S. 171) an die nach §. 12 der Instruction zusammengesetzte Ortssteuer-Commission spätestens bis zum 1. August 1868 oder wenn dieselbe kürzeren Termin anzuberaumen für angemessen findet, innerhalb dieser Frist eine Erklärung abzugeben:

a) ob sie sich am 1. Juli 1868 im Besitze steuerbarer Kapitalien und Renten befinden haben und wie hoch sich nach dem Bestande an diesem Tage, welcher für die Entrichtung der Steuer auf das ganze Etatsjahr 1868/69 entscheidet, der Jahresbetrag belauft?

b) wie hoch sich ihr Dienst- und Berufs-Einkommen, sowohl in festen, als auch in veränderlichen Bezügen belauft? Das feste, ständige Einkommen ist nach dem Stande am 1. Juli 1868 das veränderliche, wechselnde, nach dem Ergebnis des Etats-Jahres 1. Juli 1867/68 anzugeben.

c) Was sie sonst zur Erläuterung ihrer Fäition beizufügen für notwendig halten.

Zu Betreff der einzelnen Arten des steuerbaren Einkommens, der Befreiung von der Fäitionspflicht und der Ansprüche auf Steuerbefreiung wird auf die nähere Ausführung, welche in dem durch den Staats-Anzeiger vom 1. Juli 1868 veröffentlichten Erlaß des k. Steuercollegiums vom 16. Juni 1868 enthalten ist, hingewiesen.

Wer die Fätirung seines Einkommens gänzlich unterläßt oder theilweise verschweigt, wird nach Art. 11 des Gesetzes und §. 16 der Instruction mit Strafe belegt.

Die Ortssteuer-Commissionen haben gegenwärtige Aufforderung zur Fäition nach Maßgabe der Instruction vom 15. Oktbr. 1852 §. 11 (Reg.-Bl. S. 320) und unter Beachtung der dort enthaltenen weiteren Vorschriften in der ortsüblichen Weise öffentlich bekannt zu machen.

Zurich den 1. Juli 1868.

k. Kameralamt.  
Gauß.

### Neueste Nachrichten

**Berlin, 4. Juli.** Der „Staatsanzeiger“ publicirt den zwischen dem norddeutschen Bunde und Belgien abgeschlossenen Postvertrag.

**Schwerin, 5. Juli.** Laut Meldung eines Telegramms aus Rudolstadt hat gestern daselbst die Vermählung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin mit der Prinzessin Marie von Schwarzburg stattgefunden.

**Wien, 5. Juli.** Das heutige „Tagblatt“ meldet, daß der Reichskriegsminister eine sofortige Beurlaubung von 22. Mann per Compagnie angeordnet habe, wodurch eine ungefähre Reduction der Armee um 36,000 Mann erzielt wird. — Wie das „Neue Fremdenblatt“ erfährt, ist die Antwortsnote des Grafen Beust auf die Allocution des Papstes an das letzte Consistorium gestern abgegangen.

**Paris, 4. Juli.** Im gesetzgebenden Körper vertheidigte heute der Berichterstatter der Commission, Buisson, die Arbeit derselben. Jules Favre ist über das Schweigen der Regierung betreffs der Rüstungen erstaut. Weder Frankreich noch die benachbarten Nationen wollten den Krieg. Europa sei allerdings umgestaltet, aber in friedlichem Sinne. Die Zerstörungsmittel seien nur Verschönerungen gegen die Freiheit der Völker. Frankreich sei nicht reich genug, um das Kaiserreich zu bezahlen. Redner wird zur Ordnung gerufen. Rouher serwidert, die heftigen Angriffe gegen das Kaiserreich verdienen Verachtung. Die vervollkommenen Waffen seien eine Garantie für den Frieden. Man müsse den Himmel anflehen, daß der Krieg unnütz werde. Alle seien hier vereinigt, um den Frieden zu wollen. Nur ein Krieg um die Ehre der Nation und niemals ein solcher zur Eroberung von Territorien sei annehmbar. (Beifall.) Die Generaldiscussion ist geschlossen.

**Florenz, 4. Juli.** Zwischen den Bevollmächtigten von Preußen und Italien haben die Verhandlungen begonnen, um die Grundlagen des neuen Postvertrags festzustellen. Die süddeutschen Staaten sind eingeladen, an diesen Verhandlungen Theil zu nehmen.


**Newyork, 4. Juli.** (Kabeltelegramm aus „Reuter's“ Office.) Johnson erließ eine Proclamation, welche alle Teilnehmer der Rebellion ausgenommen die wegen Landesverrath angeklagten und verurtheilten, begnadigt.

**Washington, 4. Juli.** Abends. (Per Atlant. Kabel.) Die britische Fregatte „Chanlicher“ hat Mazatlan (Hafen an der mexicanischen Küste) wegen Insultirung der britischen Flagge blockirt.



**Stuttgart**, 5. Juli. Die BZ. enthält folgenden Artikel:

### Zwei Extreme

 sind es, vor denen wir bei den bevorstehenden Wahlen warnen möchten: nicht zu weit nach dem Preußen, wo man die Freiheit nicht ertragen kann; — nicht zu weit nach der radicalen Republik, die zur Advokaten-Herrschaft führt! Die Herren Republikaner sind so ehrlich, oder auch so unvorsichtig, sich bisweilen in die Karten blicken zu lassen und dann werden sie so heimgeschiedt, wie es dem Advokaten Niehammer in der „Neckarzeitung“ Nr. 152 in so wohl verdienter und schlagender Weise widerfahren ist.

Der „Beobachter“ scheut sich nicht, dem Landvolke Candidaten vorzuschlagen, die Heu und Stroh nur so weit kennen, als sie wissen, daß damit Pferde und Hornvieh genährt wird; die aber ein Weizen- und ein Dinkel-Feld nicht von einander unterscheiden können. Und von diesen Leuten erwartet das Landvolk eine ruhig geprüfte, einseitsvoll entworfene Reform der Steuergesetzgebung, ein Culturgesetz, eine Bauordnung?!

Wenn ein tüchtiger anderer Mann, der auf Seiten der Regierung steht, in der Kammer einen guten Vorschlag macht, so sind diese radicalen Herren im Stande, den Antrag zu verwerfen, bloß weil er von einem Manne herrührt, der nicht blind zum „Beobachter“ schwört.

Wem sind dann diese Radicalen verantwortlich? Niemand als der öffentlichen Meinung, auf die sie gehörig zu verzichten bestrebt sind. Der eine spricht davon, daß Württemberg zur Republik noch nicht reif sei: der andere sagt in seinem Wahlprogramm wörtlich: es werde sich in der nächsten Landtags-Periode darum handeln: **„ob und wie Württemberg überhaupt noch als Staat fortbestehen werde!“**

Gehen denn da den Wählern die Augen nicht auf?

Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß auf diesem Wege irgend ein erisprißliches Ziel erreicht werden könne. Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß die württembergische Regierung, daß die preussische Regierung einem so tollen Treiben ruhig zusehen werde. Glaubt denn irgend ein Mensch, daß es ein besseres Mittel gebe, die Preußen für immer in's Land zu bringen, als wenn man planmäßig auf den Umsturz hinarbeitet?

Jeder billigdenkende Württemberger weiß, daß die Regierung schon auf dem letzten Landtage mit Reform-Vorlagen bereit war. Wenn sie nicht mehr zur Berathung kamen, so ist die Art, wie der Landtag gearbeitet hat, wesentlich Schuld daran.

Neue und tiefgehende Reformen liegen zur Berathung reif vor. Die Regierung bietet die Hand; alle ruhigen und besonnenen Männer sind bereit, die dargebotene Hand zu ergreifen. Sollen nun ein paar ehrgeizige Advocaten mit einigen Literaten, die nur eine gute Feder und ein großes Mundstück führen, all der positiven Kenntnisse, die von einem Abgeordneten verlangt werden, aber so haar und ledig sind, wie ein neugeborenes Kind, — sollen diese im Stande sein, eine Reihe

der wichtigsten Reformen, eine Reihe der größten Erleichterungen im Steuerwesen, in der Freiheit des landwirthschaftl. Betriebes zu hintertreiben, bloß weil es ihrem Ehrgeize convenirt, nicht bloß eine constitutionelle Monarchie, sondern eine Republik haben zu wollen, — einen Tummelplatz der politischen Narrheit.

Man glaube doch den radicalen Advocaten nicht; selbst wenn sie an's Ruder und an die Regierung kämen, so vermöchten sie das nicht zu halten, was sie versprechen!

### Deutschland.

**München**, 4. Juli. Der König genehmigte die Bildung einer Militärcommission der süddeutschen Staaten für die gemeinsamen militärischen Angelegenheiten Süddeutschlands und zur Erfüllung der hierauf bezüglichen Bestimmungen des Prager Friedens.

Schon wieder wird aus Berlin eine verbrecherische That gemeldet. Der Studiosus jur. Guthier hat im Landhotel unter den Linden, wo er die Nacht mit seiner Braut zugebracht hatte, die letztere durch einen Schuß in die Brust tödlich verwundet. Sofort nach Verübung der in ihren Motiven noch nicht aufgeklärten That hat der Verbrecher sich selbst der Polizei gestellt.

**Berlin**, 2. Juli. Wie die „Börse Ztg.“ erfährt, hat die italienische Regierung sich an mehrere deutsche Eisenbahn Directionen gewandt und um Vorschläge darüber ersucht, wie die beste directe Verbindung zwischen Hamburg und dem adriatischen Meere herzustellen sei.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt: Capitain Kinderling von der „Augusta“ habe den Auftrag den Hafen von Limon (Costarica) behufs Anlage einer Floitenstation zu erwerben.

**Berlin**, 4. Juli. Das Nothgewerbegesetz ist vom Bundesrathe mit allen gegen die eine Stimme von Mecklenburg-Schwerin angenommen worden.

**Worms**, 3. Juni. Der Verkauf der Tribünenplätze bei dem Lutherfest hat 4100 fl. erzielt. Von der Erinnerungsmedaille des Prof. Schnitzpahn sind über 2500 Exemplare verkauft worden.

**Schwerin**, 1. Juli. Man rechnet hier jetzt mit Bestimmtheit auf den 15. Juli, als den Zeitpunkt, wo der Anschluß der beiden mecklenburgischen Herzogthümer an den Zollverein in Wirkksamkeit tritt.

**Hannover**, 2. Juli. Die Uebergabe des Grabdenkmals in Langensalza war ein Act der Verhöhnung, wie es sich angesichts eines Grabes gebührt. Alle Berichte bestätigen den Eindruck der ergreifenden Feier, an der die Bewohner Langensalzes innigen Antheil nahmen und die ihnen nochmals als Dank unserer Vertreter für alles Gute einbrachte, das sie unsern leidenden Landsleuten erwiesen hatte. Den Tag voll schmerzlicher, wenn auch rühmlicher Erinnerung, begingen auch hier die ehemaligen Krieger, auch sie ernst und in friedlicher Stimmung; selbst die Flüchtlinge ließen es sich nicht nehmen, ihrer Waffenthat und ihrer gefallenen Kameraden zu gedenken.

Eine Uebersicht der Verbrauchsteuern und Zölle ergibt für **Schleswig-Holstein** eine Einnahme von 2,412,311 Thlr. bei einer Bevölkerung von 924,248 Seelen, so daß mithin auf den Kopf der Bevölkerung 2 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf. fallen.

Der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein soll am 15. Juli stattfinden.

Das Sängerefest in **Flenzburg** vom 5. bis 7. Juli verspricht eins der großartigsten zu werden. Die Festhalle wird mit 7 Thürmen versehen und ist die ganze Ausstattung in der sinnreichsten und

prächtigsten Weise geschehen. Bis jetzt sind 27 Gesangsvereine mit 320 Sängern angemeldet.

**Wien**, 3. Juli. Einige Verhaftungen mit Bezug auf den Fürstenmord in Belgrad haben hier stattgefunden.

### Ausland.

**Paris**, 2. Juli. Das Chassepotgewehr verliert stets mehr von seinem Glanz. Man sagt, es sei zwar eine treffliche Waffe, aber doch nicht für den Massengebrauch und auf die Länge.

Man hat den Corsen den Gebrauch des Schießgewehrs wieder gestattet, der ihnen wegen der Blutrache lange unter sagt war.

Die „France“ schildert mit Freude das Zweckessen von 40 Hannoveranern in Paris am Jahrestage von Langensalza. Sie erhielten zahlreiche Telegramme, „um die Sympathien aller edlen Herzen für Hannover“ zu verkünden.

Das „Journal des Debats“ weist nach, daß seit 1852 Frankreich jedes Jahr durchschnittlich 250 Millionen Schulden machte. Nach 100 Jahren muß Frankreich, wenn so fort geht, Staatsbankrott machen. Diese Annahme ist noch eine gelinde, denn jener Tag des Schreckens dürfte schon früher anbrechen.

Der Kaiser kommt nicht am 15. August, sondern später zurück ins Lager von Chalons.

In diesen Tagen machte zum ersten mal an hiesiger Facultät eine junge Dame, Amerikanerin, ihr ärztliches Doctor Examen.

Der „Abend-Moniteur“ lobt die Wiedergestaltung Oesterreichs, erwähnt aber des Concordats und der päpstlichen Allocution gar nicht.

Thiers wies gestern nach, daß die schwebende Schuld auf 962 Millionen steigen werde. Schließlich sagte er, die Wahrheit nicht sagen, heiße die Regierungen zu Grunde richten.

Die Regierung ist sehr betroffen über den Besimismus, der aus allen Rednern spricht, die bisher das Wort in der Finanzfrage genommen. Auf das Publikum ist der Eindruck kein minder düsterer.

Von 1851 bis 1868 hat der Krieg jährlich Frankreich 701,228,851 Francs gekostet, von 1831 bis 1851 422,616,178 Francs und unter der Restauration 299,582,492 Fr.

Privatnachrichten aus Rom besagen, daß die Umgebung Franz II. täglich kühner ihr Haupt erhebt. Deshalb ist auch Menabrea duldsam gegenüber Garibaldi'schen Werbungen, die er als „Gegengift“ betrachtet.

Es heißt, Garibaldi werde den letzten Sitzungen des italienischen Parlaments beiwohnen.

**Paris**, 3. Juli. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Budgetberathung fortgesetzt. Thiers entwickelt, daß die Finanzsituation sehr schlecht sei und wie die geringste politische Bewegung ihre Gegenwirkung auf die Finanzen äußere. Es sei zwar wahrscheinlich, daß Preußen keine neuen Unternehmungen machen und daß der Fürstenmord in Belgrad die europäische Ruhe nicht stören werde. Aber man müsse die Finanzen verbessern, um Ueberraschungen vorzubeugen. Der Finanzminister weist die bisherigen Angriffe auf das Budget zurück und führt aus, wenn ein Anlehen nöthig sei, so sei das eben nur der Fall um das Handwerkszeug des Friedens zu vermehren, das zufällig auch das des Kriegs sei.

**Rom**, 1. Juli. Die päpstliche Küste und Landsgrenze wird streng von italienischen Behörden überwacht.

**Belgrad**, 3. Juli. Eine Proclamation der Regentenschaft erklärt, an dem Lösungsworte des verstorbenen Fürsten: das Gesetz sei der höchste Wille in Serbien, festzuhalten. Die Regentenschaft verspricht in dieser Proclamation, die Wehrkräfte der Nation den Zeitverhältnissen entsprechend zu entwickeln, die Institutionen des Landes zu ver-



vollkommen, die Stupfschäna öfters einzuberufen und überhaupt Alles aufzubieten, um auf Basis der Ordnung die Wohlthaten der Ruhe zu sichern.

**London**, 3. Juli. Eine hier eingetroffene Depesche Napier's verbreitet sich über den Erfolg der abyssinischen Expedition und sagt, daß der Zweck derselben völlig erreicht sei, indem sich ohne Beeinträchtigung der Eigenthümlichkeiten und Rechte desselben, die Aussichten des Landes gebessert hätten.

### Mannigfaltiges.

Des Nationalökonomens Horn Schrift: „Die dritte Milliarde! Zweite Studie über Frankreichs Finanzlage“, ist in einer deutschen Originalausgabe bei Hartleben in Pest erschienen. Darin weist der Verfasser nach, als Bervollständigung seiner ersten Schrift „Frankreichs Finanzlage“, daß sich die jährlichen Beiträge des französischen Volkes an den Staat in Wirklichkeit auf drei Milliarden zweihundert Millionen belaufen. Das jährliche Gesamteinkommen von Frankreich, das Erträgniß seiner gesammten materiellen Thätigkeit beläuft sich auf 15 Milliarden und der Staat verschlingt somit den fünften Theil des jährlichen Einkommens der ganzen Nation. Dieses Zahlenverhältniß läßt sich auch in anderer Weise rechtfertigen. Es sind höchstens zehn Millionen Familien in Frankreich, die im Stande sind, Steuern zu zahlen; von diesen sind wenigstens acht Millionen genöthigt, mit einem Verdienst von 1000 bis 1200 Francs sich zu begnügen. Da im Durchschnitt 300 Francs Steuer jeder Art auf die Familie kommen, so haben die Armen nicht bloß den fünften Theil, sondern den vierten Theil ihres Gesamtverdienstes an den Staatsschatz abzuliefern. Die beiden Budgets des Krieges und der Marine nehmen allein 1200 Millionen für sich in Anspruch; sie verzehren das Gesamteinkommen von 1,200,000 Familien, von mehr als fünf Millionen Köpfen!! Mit seinem Eisenbahnwesen steht Frankreich hinter Belgien, England, Holland, u. s. w. zurück, eigentlich an neunter Stelle. Seine Handelsmarine nimmt erst den dreizehnten Rang in Europa ein. Mit seinem Postwesen steht es in vierter, mit seinem Telegraphensystem in fünfter Reihe. „Haben wir da,“ fragt Herr Horn, „Grund, stolz zu sein?“ Er meint, daß seine Zahlen genugsam beweisen, daß Frankreich an der Spitze des Fortschritts nicht marschire. Und am Ende, fragt er, wie man sich da verwundern könne über die Leiden, welche die physische und moralische Gesundheit der Gesellschaft untergraben? Wie man die äußerste Dringlichkeit einer allgemeinen und gründlichen Umgestaltung des politischen, administrativen und finanziellen Regimes leugnen könne?

## An die Wähler!

Aus der Druckerei des „Beobachters“ hat sich ein Flugblatt über das Land ergossen, ein trefflicher Behelf für die Redner, die in den heutigen Volksversammlungen donnern. Es ist ein wahres Meisterstück demagogischer Wahrheitsliebe; in der That, es muß schlimm stehen mit der demokratischen Sache, wenn sie zu solchen Mitteln greift.

Da wird die oft gehörte Fabel von den volksfeindlichen Wahlmüthen der Regierung, die Klage über Bedrängung und Noth der braven Volkspartei in dem neuen Gewande eines Recheneuropäers vorgetragen. Ja, hört es nur, ihr Württemberger, eure schlimme Regierung will euch lieber preussisch machen, als aus der Knechtschaft, in der ihr schmachtet, durch den Beobachter befreien lassen. Sie hat sich jetzt mit den Preußen verbündet und im Bund mit diesen will sie euch außer den 21 (nur 21?) Privilegirten (Ritter, Prälaten und Kanzler) noch 66 weitere Regierungsmänner und Preußen als Abgeordnete aufnöthigen, also

unter 93 Mitgliedern der nächsten zweiten Kammer 87 volksfeindliche Stimmen! Es ist entsetzlich, diese Gewaltthätigkeit!

Wie sanft ist dagegen die Volkspartei: neben 11 Großdeutschen hat sie nur 49 demokratische Kandidaten aufgestellt, also kaum mehr als die Hälfte. Nicht einmal diesen bescheidenen Wunsch will aber die Regierung erfüllen; wenn man sie gewähren ließe, wie schlecht ginge es dann dem armen Volk! Darum wählt doch die wenigen Kandidaten der Demokratie, nur diese armseligen Neunundvierzig! Aber davon darf dann keiner fehlen, sonst wäre es gar zu arg.

Die zwei Kandidatenlisten sind einander gegenübergestellt. Durch die Vergleichung zeigt sich ja am besten, wie gut es die Volkspartei und wie schlecht es die Regierung meint.

Das beweist schon die Uebersicht.

Die Liste der Volkspartei ist beinahe gleichmäßig aus 5 Ständen gemischt: 12 Landwirthe, 14 Gewerbetreibender, 12 Advokaten, 11 Korporationsdiener und 11 Gelehrte.

In der angeblichen Regierungsliste dagegen sind natürlich die Beamten vorherrschend, dann 16 Preußen, 16 Korporationsdiener, 15 sogenannte unabhängige Landwirthe und nur zwei aus dem Gewerbebestand. Welch ungleiche Mischung! Advokaten und Gelehrte, als die Elemente der höhern Bildung wie sie der „Beobachter“ wünscht, scheinen von der Regierung ganz verschmäht, wogegen auf der stolzen Demokratenliste natürlich kein einziger Beamter sich findet.

Man ruft verwundert: wie ist das möglich! Wir werden gleich sehen, wie geschickt alles eingerichtet ist.

Zuerst die demokratische Liste.

Die Beamten sind klugerweise anderwärts untergebracht. Die Posthalter Ketter, Heß und Kühle sind unter die Landwirthe verlegt, wodurch dieser Stand mit Hinzurechnung einiger Wirthe und eines resignirten Schulmeisters zu einer stattlichen Zahl anschwillt. Die Professoren Schäßle und Fricker, die Schullehrer Abelein und Uhl figuriren bei den Gelehrten, Postexpeditor Böhmle als Stadtschultheiß bei den Korporationsdienern, die richterlichen Beamten Wiest und Streich, obwohl Mitglieder der Volkspartei (Reinsburgklub), sowie der gemäß große Deutsche Dr. Zimmerle sind auf die Regierungsliste hinübergezogen und der von der Volkspartei vorgeschlagene Hr. Obersteuerath Bahlinger ist ganz verschwiegen. So ist alles zugerichtet; was Wunder, wenn die Probe aufs schönste herauskommt.

Aber noch nicht genug der plumpen Täuschung; auf dieser Liste von Kandidaten, als deren Feind die Regierung dargestellt wird, stehen viele Namen solcher Männer, deren Wahl der Regierung vielmehr erwünscht, oder wenigstens nicht mißfällig wäre, z. B. Eberhardt, Erath, Dettner, Probst Lupberger, Mohl, Fricker, Bayrhammer, Kenschler, Sch. Maier, Bucher Schott, dessen maßvolles Programm in der deutschen Frage der Beobachter hätte zum Muster nehmen dürfen, Dentler und Dr. Adam, welche als liberale Conservative wohl auf die andere Liste gehört hätten.

Noch klarer tritt der trügerische Plan in der andern Liste zu Tage.

Die hier verzeichneten Männer sind diejenigen 66 Volksfeinde, welche die Regierung alle miteinander in der Kammer haben will. Also diese unerfüllliche Regierung will in Weinsberg: Stücklen neben Saffer, in Ohringen: Kurz neben Morike, in Walder: Sauter neben Solther, in Ohlingen: Schmied neben Wiest, in Ludwigsburg: Körner neben Baumgärtner, in Göppingen: Hölzer neben Hausmann, in Heilbrunn: Unt: Haag neben Nickel, in Schorndorf: Duvernoy neben Hofacker, in Stuttgart: G. Müller neben Sick, in Tuttlingen: Dinkelacker neben Schall, also in 10 Bezirken je zwei Abgeordnete und zwar je zwei Wahlkonkurren-

ten neben einander in die Kammer setzen! Es ist kein Spaß, es steht gedruckt da! Die 66 Volksfeinde kämen ja sonst nicht heraus. Das sollte denn doch auch der Leichtgläubigkeit einer wohlgehüteten Beobachtersheerde zu viel sein.

Bei der Eintheilung fehlen die Advokaten, weil sie unter andern Titeln eingeschoben sind, z. B. Sarwey und Hausmann unter den Korporationsdienern. Die Gelehrten fehlen, weil die Beamten natürlich hier als ungelehrt verzolet werden. Die Professoren Adam und Baumgärtner werden, wie es scheint, weil jener nur an einem niederen Seminar, dieser an der Baugewerkschule angestellt, des Gelehrtentitels gleichfalls nicht gewürdigt. Auch Schullehrer Dinkelacker, der übrigens nicht auf diese Liste gehört, ist abweichend von seinen Kollegen Abelein und Uhl unter die Korporationsdiener verwiefen.

Die letztgenannte Classe kommt am schlechtesten weg. Den Herren Oberbürgermeister Sick, Stadtschultheiß Lempenau, Amtspfleger Hirzel, Groß, Bogt, Bühler, Stadtpfleger Rehm, Schultheißen Fink, Fritz, Haag Walther, Beuiter Rechtskonsulenten Sarwey und Hausmann und selbst dem im Dienste seiner Stadt ergrauten Herrn Nickel gönnt die Demokratie nur die Wahl, ob sie sich als „altbekannte Reaktionsäre, oder als „Carrièremacher“ oder als „Staatsdienst-Aspiranten betrachtet wissen wollen.

Die wohlwollenden Bezeichnungen, die den übrigen Namen beigelegt sind, wollen wir nicht wiedergeben; jeder, der sie liest, wird mit seinem Urtheil fertig sein.

Das also soll die Liste der Regierungs-Kandidaten sein.

Wir streiten mit den Beobachtersfedern nicht darüber, ob irgeid ein Kandidat diese Bezeichnung verdient; wir verneinen es. Jedenfalls aber gibt es solche, deren Wahl der Regierung entschieden erwünscht wäre. Verstehet man die Liste so, dann fehlen darauf, wie bereits gesagt, manche Namen, welche wegen ihres guten Klangs die Volkspartei sich zugeeignet hat. Dagegen stehen manche darauf, deren Wahl die Regierung zwar nicht mißbilligt, die zu begünstigen aber kein Grund vorliegt.

Es stehen aber auf dieser Liste auch die Mitglieder der extremen preussischen Anschlußpartei, wie Hölzer, Wächter, Römer, G. Müller, Feyer, Elben, Schmid, zu denen die Regierung in entschiedenem Gegensatz steht, und die sie mit allen Mitteln bekämpfen würde, wenn sie sich nicht selbst einer Partheithätigkeit enthielte, die ihr nur der Partheihatz andichtet. Es ist eine reine Erfindung, der angebliche Bunt der Regierung mit den Großpreußen. Eine Majorität dieser Parthei in der Volksvertretung wäre ein ebenso großes Unglück für unser Vaterland, als das Uebergewicht der extremen Demokratie. Beide drängen zum Untergang der Selbstständigkeit unseres Staats, die einen offen in den preussischen Nordbund, die andern unter trügerischem Schein in einen demokratischen Südbund, welcher in Kurzem der Anarchie und dann gewaltsamer Unterjochung anheimfallen müßte.

Die Ziele der großpreussischen Parthei sind allbekannt; diejenigen der Demokratie hat das bekannte Wahlprogramm des Beobachters aufgedeckt. Vor solchen unheilvollen Bestrebungen das Volk zu behüten ist die Pflicht der Regierung. Sie hält fest an der vertragsmäßigen Verbindung mit dem deutschen Norden, fest aber auch an der staatlichen Selbstständigkeit Württembergs, worin unsere Freiheit, unser Recht und unser Volkswohl begründet ist.

Dies bedenket, ihr Wähler! Laßt euch nicht kethören durch plumpen Trug, laßt euch nicht übermannen durch die Zudringlichkeit gewaltthätiger Partheisucht! Die geheime Abstimmung gewährt euch Schutz.

**Prüfet ruhig und wählet nach innerer Ueberzeugung!**



# Be k a n n t m a c h u n g e n.

Rienharz,  
Oberamts Welzheim.

## Schafwaide Verpachtung



Die hiesige Winter-  
waide von Martini d. J.  
bis Umbrosi 1869 und  
die Sommerwaide von Um-  
brofi bis Martini 1869 wird am

Samstag den 11. Juli 1868  
Nachmittags 2 Uhr  
in dem Wirthshaus zum Thann verpachtet,  
wozu die Liebhaber — auswärtige mit den  
erforderlichen Zeugnissen versehen — freund-  
lich eingeladen sind.

Den 2. Juli 1868.

Anwalt Maier.

Breitenfürst  
bei Welzheim.

## Schafwaide Verleihung.



Die hiesige Orts-  
Gemeinde verpachtet  
am

Donnerstag den  
9. Juli 1868

Nachmittags 2 Uhr.

im Hause des Rechners die Schafwaide auf  
hiesiger Markung und zwar:

- 1) die Herbstwaide von Beendigung  
der Ernte an bis Martini 1868,  
sodann
- 2) die Winterwaide von Martini  
an bis 18. März 1869.

Liebhaber — unbekannt mit den er-  
forderlichen Zeugnissen versehen — werden  
hiezuh freundlich eingeladen.

Den 29. Juni 1868.

Ortsrechner Schüle,

Welzheim.

Zum Einmachen von Himbeersaft, Hei-  
delbeeren, Kirschen, sowie anderem Obst  
empfehle ich feinst raffinierten

### indischen Traubenzucker,

welcher die Eigenschaft hat, die Frucht viel  
länger zu erhalten als der gewöhnliche Rü-  
benzucker; dergleichen zum Einkochen von  
Himbeer- oder Heidelbeermark hellweißen

### Sarinzucker

per Pfund 16 fr.

H. Hohlg.

Welzheim.

Heinrich Simon ist gesonnen,  
1/4 Morgen Wiesen in dem Brühl zu ver-  
kaufen. Liebhaber können einen Kauf mit  
mir abschließen.

Welzheim.

### Eisenbahn-Frachtbriefe

sind zu haben in der Unterzuber'schen Buchdruckerei.

# M ö n c h h o f u n d B u r g h o l z. W a h l s a c h e.

Da die Wahl eines Abgeordneten vor der Thüre steht, so lenken wir die Aufmerk-  
samkeit der Wähler auf den

## Herrn Schultheiß Fritz in Alsdorf.

Derselbe hat in einer Wähler-Versammlung in Kaisersbach erklärt, daß er sich zu An-  
nahme einer Wahl nur deshalb entschlossen habe, weil er glaube, daß es nöthig sei, die  
die große Zahl der Advokaten, die seither in unserer Kammer gesessen, zu beschränken, und  
weil es von Bedeutung sei, in die nächste Kammer einen Vertreter zu wählen, der die,  
namentlich auch für den Bezirk Welzheim so überaus wichtigen Fragen der Waldstreu-  
und Waide-Ablösung, der Gemeinde-Verwaltung, der Baugesetz-, der Verehelichungs- und  
Armen-Gesetzgebung, der Revision unserer Steuer-Gesetze zu würdigen wisse, und dem  
die Verhältnisse des Bezirks nicht fremd seien. Derselbe hat sodann weiter  
ausgeführt, daß die Fragen, um die es sich in der nächsten Kammer  
handle, einen großen Einfluß auf den Wohlstand unseres Volkes  
haben, daß es dringender sei, für Verbesserung im Innern des Lan-  
des, für Erleichterung der Steuerpflichtigen zu sorgen, als in der  
Kammer lange Reden über politische Fragen auf Kosten des Steuer-  
beutels zu halten.

Mit diesen Grundsätzen sind wir vollkommen einverstanden, darum rufen wir den  
Wählern zu: Wählet keinen Mann aus dem Stande der Advokaten, welche die neue  
Justiz-Organisation befürwortet und wenigstens theilweise hiedurch nur ihr Interesse ge-  
wahrt, dem Volke aber so schwere Lasten aufgelegt haben, sondern wählet den

## Herrn Schultheißen Fritz von Alsdorf.

Gutsbesitzer Hofmann.

Gutsbesitzer Wohlfarth.

Welzheim.

Nach einem kürzlich erschienenen Beobachters-  
Artikel hat es den Anschein, als wäre Hr.  
Abele in Rudersberg auf die Veröffentlichung  
des Satzes verpicht, welchen wir in seiner  
Einsendung weggelassen. Um allen Wün-  
schen entgegen zu kommen, lassen wir nun  
nachstehend den Aufsatz wörtlich folgen.  
Unsere Erklärung an den Einsender können  
wir jederzeit und nach allen Punkten ver-  
antworten, denn wir haben nach unserer  
selbstständigen Ueberzeugung und Pflicht ge-  
handelt. Jeder rechtlich Denkende wird  
mit uns einverstanden sein, wenn wir dem  
Grundsatz huldigen, nicht jederzeit die Spal-  
ten unseres Blattes einer Parthei zu öff-  
nen, welche den völligen Umsturz unserer  
Verhältnisse und sonstige unausführbare  
Pläne im Auge hat, was gewiß nicht für  
das wahre Wohl unseres Vaterlandes from-  
men kann. Im höchsten Grad befremdend  
ist es aber, wenn man behauptet, daß wir  
in unserem Blatt Artikel, welche uns gar  
nicht eingesendet worden, unter dem Schein  
der Einsendung zur Dessenlichkeit gebracht  
haben, oder daß wir gar von oben beherrscht

werden. Die Namen der Einsender liegen  
bei uns auf und wir können uns daher  
solchen ungerechtfertigten Angriffen gegen-  
über jeder Vertheidigung enthalten.

Der oben erwähnte Artikel lautet:

Rudersberg Wahlsachen

Für das in No 92. d. Blatts von mehreren  
Wahlmännern mir geschenkte Zutrauen eines Land-  
tag Abgeordneten in die 2. te Kammer, Dankent;  
erkläre ich hiemit, Daß ich nach meinen Isolirten  
Verhältnissen und meines Alters nie eine Wahl  
annehmen könnte. Vielmehr möchte ich alle die-  
jenige bitten, die mir ein solches Zutrauen schen-  
ken würden, ihre Stimmen auf den längst be-  
währten Patrioten Dr. Tafel geben möchten,  
Der den Bezirk, mit Würde und Entschiedenheit  
ehrenvoll bisher vertreten hat, was mich und meine  
gleiche Gesinnungsgenossen zum größten Dank ver-  
pflichtet. mein festes Vertrauen zu ihm wird  
sich diesmal wieder bewähren Einer voreiligen Be-  
urtheilung in No. 93. d. Blatts hätte es gar  
nicht bedurft, und hätte solches füglich unterblei-  
ben dürfen von dem unbekanntem H. Einsender,  
bis eine Erklärung von mir er folgt wäre

Den 22ten Juni 1868.

Abele z. Lamm.